

Niedrige Todesrate –Herausforderung kommt

Bis zum 8. Oktober gibt es 1.536.831 bestätigte Covid-19 Fälle aus 55 afrikanischen Ländern. Die Zahl der Todesfälle wird mit 37.095 angegeben. Am meisten betroffen ist Südafrika mit 685.155 Fälle-Todesfälle 17.24. Andere stark betroffene Länder sind Marokko (140.024), Ägypten (104.035), Äthiopien (80.895), Nigeria (59.738) und Algerien (52.520). Die Erklärung der „geringen“ Zahlen ist nicht klar und vielfältig: junge Bevölkerung, klimatische Unterschiede, eine bereits bestehende Immunität, genetischen Faktoren, Verhaltensunterschiede, Lücken in der Berichterstattung und effektives Handeln der Regierungen. Eines ist jedoch sicher, die sekundären Auswirkungen der Pandemie werden Afrikas wahre COVID-19- Herausforderung sein. 09.10.2020

Guinea: Gefährliche Hassreden

Weniger als 2 Wochen vor den Präsidentschaftswahlen haben die UNO-Rechtschefin M. Bachelet und Pramila Patten, Sonderberaterin des Weltgremiums für die Verhinderung von Völkermord, vor ethnisch motivierten Hassreden gewarnt. Sie forderten die Kandidaten auf, "sich einer provokativen Sprache zu enthalten, die zu Gewalt, Diskriminierung und anderen Menschenrechtsverletzungen führen kann". Der 82-jährige Präsident des Landes, Alpha Conde, der eine umstrittene dritte Amtszeit anstrebt, wird weitgehend vom Volk der Malinke unterstützt, während sein Hauptgegner, Cellou Dalein Diallo von der Partei Union der Demokratischen Kräfte Guineas (UFDG), weitgehend vom Volk der Fulani unterstützt wird. 08.10.2020

Mosambik: 28 Jahre Friedensabkommen

Präsident Filipe Nyusi in seiner Ansprache an die Nation, "Leider feiern wir den 28. Jahrestag des Friedensabkommens mit Trauer, weil ein Teil der Bevölkerung in den Provinzen Cabo Delgado, Sofala und Manica noch immer den Alptraum der bewaffneten Gewalt erlebt." Außenministerin V. Macamo bestätigte, dass die EU und andere afrikanische Staaten um Unterstützung gebeten wurden, um die Gewalt in Cabo Delgado zu stoppen. Nach 16 Jahren Bürgerkrieg wurde 1992 ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und Renamo unterzeichnet; bisher gab es 3 weitere Friedensabkommen. Das jüngste im August 2020 07.10.2020

Kenia: Dilemma: gehen oder bleiben?

Die Afrikanische Union wird 2021 ihre Truppen (Amison) aus Somalia zurückziehen. Kenia steht vor der Entscheidung, ob es in ähnlicher Weise sich von dem kriegszerrütteten Land entfernen soll oder nicht. Durch seine Nähe zu Somalia und endlose Terroranschläge der in Somalia ansässigen Mitglieder der Al-Shabaab-Terrorbande, die sich gegen kenianische Zivilisten und wichtige Einrichtungen im Land richten, sieht Kenia seine Sicherheit bedroht. In den vergangenen Tagen kam es am Grenzübergang Bula Hawa zu wahlloser Erschießung kenianischer Zivilisten durch SNA-Truppen, kein einmaliger Vorgang. 07.10.2020

Mali: Sanktionen aufgehoben

ECOWAS hat die nach einem Militärputsch im August gegen Mali verhängten Sanktionen aufgehoben. Die

Übergangsregierung wird gebildet von dem pensionierten Oberst Bah Ndaw (Interimspräsidenten) und dem ehemaligen Außenminister M Ouane (Premierminister). Die Regierungszeit soll 18 Monate dauern. In einer am 5. 10. ernannten Regierung mit 25 Mitgliedern gingen 4 Schlüsselposten an Militäroffiziere, Frauen wurden auf 4 Posten ernannt, und 2 Posten wurden an Mitglieder der M5-Oppositionskoalition vergeben, die die Proteste gegen Präsident I. B. Keita anführte. 08.10.2020

Nigeria: Mehr Umweltschutz im N'Delta

Ein neuer Mineralölreformgesetzentwurf wird gegenwärtig in der Nationalversammlung diskutiert. Nach der Verabschiedung soll sich die Umweltverschmutzung in den ölproduzierenden Gebieten des Niger-Deltas reduzieren. Neben einem Verbot der Verwendung von Chemikalien soll es einen Umweltsanierungsfonds geben, in den alle in der Region tätigen Ölgesellschaften einzahlen. Nach dem neuen Gesetzesentwurf soll geprüft werden, ob die Antragsteller für Öllizenzen, die Fähigkeiten haben, negative Auswirkungen auf die Umwelt zu sanieren und zu bewältigen. 07.10.2020

Simbabwe: Immer totalitärer?

Simbabwe arbeitet an einem Gesetz, mit dem Bürger bestraft werden sollen, die mit ausländischen Regierungen kommunizieren und "nationalen Interessen schaden". Die Regierung behauptet, das vorgeschlagene Gesetz sei vom Logan-Gesetz der Vereinigten Staaten inspiriert. "Der Gesetzesentwurf geht von der Verfassungsbestimmung über die Außenpolitik unseres Landes aus, die die Förderung und den Schutz der nationalen Interessen Simbawbes wertschätzt", sagte die Ministerin für Justiz, Recht und Parlamentarische Angelegenheiten, Virginia Mabhiza, gegenüber den staatlich kontrollierten Medien. 06.10.2020

Kongo – DRC: Ebola – Fluch und Segen

So sieht es die Ebola - Überlebende Espérance Nyabintu. Vor einem Jahr tötete das Virus ihren Mann. Gemieden von den meisten ihrer Nachbarn, Freunden und Familie muss sie ihre 10 Kinder allein großziehen. Trotzdem wurde sie noch Sozialarbeiterin und unterstützt andere geächtete Überlebende. Ihr kleines Haus in Goma, gebaut auf der schwarzen Lava des Nyiragongo Vulkanausbruchs in 2002, ist Zufluchtsort für Viele. Wirksame Impfstoffe und gute medizinische Behandlung haben die Überlebensraten gesteigert, aber die sozialen und emotionalen Auswirkungen von Ebola bleiben noch lange. 05.10.2020

Togo: Wie Gabun – Frau als Premierministerin

Präsident Faure Gnassingbe hat Victoire Tomegah Dogbe, 60, als erste weibliche Premierministerin des Landes ernannt. Frau Dogbe ist im Land respektiert, sie arbeitete für die Vereinten Nationen (UNDP), hatte verschiedene Positionen in der Regierung inne, in jüngster Zeit war sie Ministerin für Jugend und Entwicklung. Die einst deutsche Kolonie, später unter französischer Herrschaft und seit 1960 unabhängig, zählt ca. 8 Mill. Einwohner. 05.10.2020

Landgrabbing im großen Stil

[Marokko: USA sichert sich das Tor zu Afrika](#)
[Tod auf dem Mittelmeer](#)
www.netzwerkafrika.de

Das Datum bezieht auf den Eintrag der Nachricht auf der NAD Webseite